

# Sanierung der Stuttgarter Oper

## *Eine Milliarde Euro an Kosten in der Diskussion*

Seit einigen Jahren wird über die Sanierung der Stuttgarter Oper diskutiert. Dabei geht es um Steuergelder in erheblichem Umfang. Mittlerweile wird der Investitionsbedarf auf rund eine Milliarde Euro geschätzt. Daher kommt der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg an diesem Thema nicht vorbei.

Dass das Opernhaus saniert werden muss, kann nicht bestritten werden. Die technischen Anlagen sind völlig veraltet und stehen kurz vor dem Kollaps. Das Gebäude hat einen Sanierungsstau, z. B. beim Thema Feuerschutz, Feuchtigkeit drängt in die Räume, die Mitarbeiter arbeiten teilweise unter sehr schlechten Bedingungen. Es muss saniert werden. Aber in welchem Umfang, darüber gehen die Meinungen weit auseinander.

Die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg haben nun dargelegt, welche Sanierungsvariante sie präferieren. Beide müssen sich die Kosten teilen. Und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Politik in die Vollen gehen will.

### Hohe Investitionen

Geplant ist, das bisher genutzte, historische Operngebäude, das Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts vom Architekten Max Littmann konzipiert wurde, zu ertüchtigen. Es sollen aber nicht nur die Technik erneuert und das Gebäude saniert werden. Es soll auch in die Bausubstanz eingegriffen werden, in dem eine Außenwand des Theaters um 2,50 m seitlich versetzt werden soll. Dadurch soll die Möglichkeit geschaffen werden eine Kreuzbühne zu bauen, die der Oper neue Möglichkeiten bei der Bereitstellung von Bühnenbildern gibt. Kostenpunkt der Gebäudesanierung sowie eines neuen Kulissengebäudes: Zwischen 740 und 960 Millionen Euro inklusive erwarteter Baukostensteigerungen.

Während der Sanierungszeit soll eine Zwischenspielstätte beim Kulturzentrum Wagenhallen errichtet werden. Rund 84 Millionen Euro sind für zwei Gebäude eingepplant, in denen Werkstätten und Verwaltung untergebracht werden. 104 Millionen Euro soll ein Interimsoperngebäude kosten, das im Anschluss abgerissen und zum Teil verkauft werden soll.



In den Tagesthemen forderte Landesvorsitzender Bilaniuk eine umfassende Bürgerbeteiligung beim Thema Opersanierung, z. B. durch einen Bürgerentscheid.

Da kommt also ganz schön etwas zusammen und man muss schon die Frage stellen, ob über eine Milliarde Euro für dieses Projekt noch verhältnismäßig ist. Aus der Bürgerschaft und dem Gemeinderat sind Stimmen zu vernehmen, die das verneinen.

### Kosten im Mittelpunkt der Entscheidung

Aus Sicht des Bundes der Steuerzahler müssen die Kosten im Mittelpunkt der Entscheidung stehen. Nicht das, was wünschenswert ist, ist auch finanziell machbar. In wie weit sich Stadt und Land von diesem Grundsatz haben leiten lassen, kann abschließend nicht beurteilt werden. Es gibt aber Stimmen, die behaupten, kostengünstigere Varianten entwickelt zu haben. Eine Kostenentlastung kann auch bringen, wenn der Kulturbereich an anderer Stelle abspeckt. Warum können die Gebäude der Interimsverwaltung nicht im Anschluss einer kommerziellen Nutzung zugeführt werden? Auch der Eingriff in die Bausubstanz des Littmann-Baus erscheint problematisch. Zwar gehen die Planungen davon aus, dass durch das Versetzen der Außenmauer und den Bau der Kreuzbühne „nur“ Kosten in Höhe von 27 bis 35 Millionen Euro entstehen werden, aber erfahrungsgemäß ist vor allem der Eingriff in die Bausubstanz mit hohen Kostensteigerungsrisiken verbunden. Solche Risiken sollten vermieden werden.

### Bürger befragen und entscheiden lassen

Positiv an den nun vorliegenden Planungen ist, dass scheinbar keine politischen Zahlen in den Raum gestellt wurden. Man hat den Eindruck, dass Stadt und Land versucht haben ehrliche Zahlen vorzulegen, um die Baukosten realistisch darzustellen. Das ist zu begrüßen und dient der Transparenz. Vor allem besteht so die Möglichkeit offen und ehrlich über das Projekt zu diskutieren. Der Bund der Steuerzahler ist der Auffassung, dass die Stadt die Bürger in den Entscheidungsprozess einbinden sollte. Das ist angesichts der finanziellen Dimension des Projektes eine Notwendigkeit, um Akzeptanz für die Ausgabe der Steuergelder zu schaffen. Die Partei, der auch der Stuttgarter Oberbürgermeister angehört, war immer für eine Stärkung der direkten Demokratie. Oberbürgermeister Kuhn muss nun beweisen, dass das nicht nur Lippenbekenntnisse sind und die Bürger, beispielsweise in einem Bürgerentscheid, befragen, ob sie über eine Milliarde Euro in die Hand nehmen wollen, um den Opernbetrieb zu sanieren.

